Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden

Extraausgabe
Bürgerversammlung · 13.9.1972



Liebe Besucher der Bürgerversammlung!

Seit über zwei Jahren besteht heute in Mörfelden wieder einmal die Möglichkeit, in einer Bürgerversammlung mit dem Magistrat direkt zu sprechen, Meinungen auszutauschen und zu diskutieren. Wir betrachten solche Bürgerversammlungen als eine notwendige demokratische Einrichtung; sie sollten mindestens vierteljährlich stattfinden.

Seit April dieses Jahres haben wir im "blickpunkt" diese Bürgerversammlung gefordert. Sicher wird der Bürgermeister heute darauf eingehen und wieder erklären: "Der Termin sei schon lange vorgesehen und er habe nichts mit den lautstarken Forderungen des "blickpunktes" zu tun." Nun — da kann er lang erklären, wir alle wissen jedenfalls, daß meistens erst Druck von unten kommen muß, bis sich etwas tut.

Die Nähe der Kommunalwahl birgt allerdings die Gefahr, daß heute vom Bürgermeister, aber auch von verschiedenen Parteien Wahlreden gehalten werden, anstatt in einer ruhigen Atmosphäre sachliche Antworten auf berechtigte Fragen zu geben. Wir wünschen uns keine Monologe vom Podiumstisch, sondern die Beantwortung aller Fragen, die heute die Mörfelder interessieren.

Wir wünschen der Versammlung einen guten Verlauf

die "blickpunkt" - Redaktion

Es gibt viele Fragen die im Raum stehen und über die man sprechen kann. Einige davon, die immer wieder kehren, seien hier genannt.

FUSION

In vielen Ausgaben dieser Zeitung wurde hierüber die Diskussion geführt. Die Fragen der Bürger lauteten: "Werden wir ärmer, wenn wir größer werden?" In den meisten Leserzuschriften an den "blickpunkt" wird eine Bürgerbefragung gefordert. Diese Forderung darf nicht mehr vom Tisch!

GEBÜHRENERHÖHUNGEN

Wir nehmen an, daß nach den Wahlen verschiedene kommunale Gebühren erhöht werden. Bürgermeister Bachmann versicherte: Es gibt keine Gebührenerhöhungen! Wird er zu seinem Wort stehen? Die Bevölkerung will Klarheit!

ÄRZTLICHE VERSORGUNG

Immer noch gibt es überfüllte Wartezimmer in Mörfelden. Es fehlen Fachärzte. Besonders ein Kinderarzt ist dringend nötig. Die DKP-Mörfelden hat gemeinsam mit einigen Ärzten einen Entwurf ausgearbeitet und vorgelegt, in dem der Bau eines Ärztehauses vorgeschlagen wird. Welche Chancen bestehen, ein solches Ärztehaus zu errichten?

SCHULE

"Mein Bub hat schon ewig keinen Turnunterricht, kein Wunder wenn wir so wenig Medaillen kriegen", sagte uns eine Frau am Telefon.

Tatsächlich gibt es zur Zeit viele dieser Beschwerden.

Die Klasse 7c hatte in den ersten zwei Wochen nach den Ferien ganze 24 Stunden Schule. An drei Tagen fiel der Unterricht ganz aus.

Die Klasse 8cR brachte es in dieser Zeit auf 26 Stunden, auch hier 3 Tage keine Schule.

So geht es vielen Kindern. Es fehlen Lehrer! Sollen unsere Kinder verblöden? Jetzt müssen die Eltern auf die Barrikade gehen. Aber auch die Stadt sollte einen geharnischten Protest an den Kultusminister schicken!

JUGENDZENTRUM

Es zeigt sich, daß man die Jugendbegegnungsstätte nur als Übergangslösung betrachten kann.

Zwei Räume sind für die 2 000 Mör-

felder Jugendlichen einfach zu wenig. Wann soll der Bau eines Jugendzentrums in Angriff genommen werden?

RECHENSCHAFTSBERICHT

Die Stadt hat kein Geld. Aber 30 000.— DM sollen jetzt für den Druck eines Rechenschaftsberichtes vor der Wahl ausgegeben werden. Wir schlugen vor, diese "Wahlbroschüre" für die Hälfte zu drucken. Warum ist man nicht darauf eingegangen? Da das Druckwerk, wie es jetzt heißt, ein "Almanach für Bürger und Besucher" werden soll und dazu noch eine Wanderkarte eingelegt wird, schlagen wir vor:

Mit der Verteilung der Broschüre am 23. Oktober zu beginnen.

BÜRGERVERSAMMLUNGEN

Warum gibt es so wenig Bürgerversammlungen in Mörfelden? Mehr als zwei Jahre dauerte es, bis es mal wieder zu einer Bürgerversammlung kam. Es muß nicht immer der große Bürgerhaus-Saal sein in dem die Versammlungen stattfinden. Zu Detailproblemen kann man auch in kleinerem Rahmen diskutieren. Bürgerversammlungen sollten vierteljährlich stattfinden.



In der Zeitung konnte man schon lesen, daß die Bautätigkeit zwischen den beiden Städten in den nächsten zwei bis drei Jahren in vollem Gange sein wird und in etwa sieben Jahren will man die Fusion vollziehen.

Sind die Würfel für eine Fusion also endgültig gefallen? Sind Diskussionen darüber nicht mehr sinnvoll?

Wir meinen, gerade jetzt ist es notwendig, darüber zu sprechen. Vieles ist ungeklärt. Neue Fragen tauchen auf.

Es besteht zunächst die Gefahr, daß Demokratie abgebaut wird. Mörfelden und Walldorf werden nach dem 22. Oktober dieses Jahres zusammen 74 Abgeordnete haben. Nach einer Fusion würde die Bevölkerung dieses großen Gebietes nur noch von 45 Stadtverordneten vertreten werden. Die Folge wäre eine weitere Entfremdung des Abgeordneten von der Bevölkerung.

- Man könnte viele Gemeinschaftseinrichtungen (Hallenbad, Ärztehaus usw.) auch ohne Fusion gemeinsam unterhalten.
- Ebenso sollte man sich fragen, ob endlose Stadterweiterungen in unserem Ballungsgebiet überhaupt noch sinnvoll sind. Wir sind sicher, der Zeitpunkt kommt, wo hier ein Verzicht als Fortschritt gepriesen wird.

Wir haben darüber hinaus in der Bevölkerung viele Argumente gehört, die zum Nachdenken zwingen.

Da spricht man sich z. B. gegen eine Fusion aus,

 weil Walldorf weitaus mehr verschuldet sei

- weil Mörfelden Einnahmen aus Industrieansiedlung habe, Walldorf aber nicht
- weil lange Wege zur Verwaltung befürchtet werden
- weil die Gefahr bestünde, daß gute Mörfelder Arbeitertraditionen untergingen

Wir sind sicher, viele solcher Stimmungen sind oft gefühlsbedingt – aber man muß sie beachten, darüber sprechen.

Vieles ist heute einfach noch unklar. Wie wird es weitergehen mit dem Flugplatz? Werden wir eines Tages sowieso von der "Regionalstadt Frankfurt" geschluckt? Der künftige Frankfurter OB Rudi Arndt bezeichnete die Regionalstadt als ein Modell der Zukunft. — Aber wann beginnt die Zukunft?

Viele Fragen - wenig Antworten.

KUSSION FUSION DISKUSSION FU

Im "blickpunkt" veröffentlichten wir zahlreiche Beiträge zum Thema Fusion Walldorf-Mörfelden. In dieser Extra-Ausgabe bringen wir noch einmal davon Ausschnitte, die die Sorgen vieler Bürger belegen.

Wenn die Kommunikation jetzt schon so spärlich ist, wie soll es dann erst im neuen "Wallmö" aussehen? Das nämlich ist die größte Gefahr, die in der Verschmelzung natürlich gewachsener, übersichtlicher Gemeinden zu mehr oder weniger unübersichtlichen, künstlichen Verbundsiedelungen liegt: die Entpersönlichung des kommunalen Lebens, das Verschwinden der Verwaltung in der Anonymität, die Schwierigkeiten für jeden Bürger, Maßnahmen der gewählten Volksvertreter zu kontrollieren.

Günther Eichler, Lehrer, Mörfelden

muß gestehen, daß mir das Modell und die Pläne des Siegers einen rechten Schrecken eingejagt haben. Das muß niemanden beunruhigen. denn ich bin Laie auf diesem Gebiet. Ich habe mir nur überlegt, wie das sein wird, wenn 50 000 Neubürger Walldorf/Mörfeldens (man munkelt über diese Zahl) in mehr oder weniger phantasielosen, quadratischen Säulen wohnen sollten, die zum angenehmen Wohnen nichts weiter beitragen als beleidigt-schweigend in den Himmel zu ragen. In einigen wenigen (vielleicht sieben?) fetten Jahren soll eine Stadt gebaut werden, die in jeder Beziehung das Vorhandene übertreffen wird. Es muß sich zeigen, ob diese Stadt Walldorf/Mörfelden in ihrer Mitte von einer gewaltigen Prothese zusammengehalten wird. Es muß sich zeigen, ob die durch Straßen, Autobahnen, Flugplatz etc. bereits stark eingeschnürte Einwohnerschaft genügend Raum zum Atmen finden wird.

Gerhard Siegel, Lehrer, Mörfelden

Man sollte, was die Städteplanung bezüglich der Fusion anbelangt, gründlichst die allseitig Betroffenen befragen – in offenen Arbeitssitzungen der entsprechenden Gremien, der Parlamente usw. usw.

Karl Heinz Geil, Pfarrer, Mörfelden

Man sollte doch von Seiten des Magistrates endlich einmal darauf hinweisen, wie weit man bis jetzt gekommen ist. Eine Befragungsaktion in der Bevölkerung würde bestimmt nicht schaden. Oder man sollte eine Abstimmung in Walldorf und Mörfelden durchführen, wobei man die älteren Schulklassen nicht ausschließen sollte.

Man sollte in nächster Zeit möglichst zu einem Entschluß, bevor man von Frankfurt eingemeindet wird.

> Johann Ernst, Wilhelm-Leuschner-Straße

Es wäre aber falsch, nur die technischen Ereignisse zu sehen und den arbeitenden Menschen dabei zu vergessen. Der Mensch lebt nicht nur umgeben von Gebilden der technischen Entwicklung, er lebte vor allem umgeben von seinen Mitbürgern, seinen Kollegen, seinen Nachbarn.

Die von bürokratisch-technischen Überlegungen ausgehenden Pläne der Zusammenlegung von Gemeinden werden oft mit dem Argument vorgestellt, daß mit der Zusammenlegung die Finanzkraft der neuen Großgemeinde wachsen würde.

Da es in vielen Gemeinden ungelöste Aufgaben gibt, ist das Versprechen einer größeren Finanzkraft oft Anlaß, die Gemeindezusammenlegung unter der Bevölkerung populär zu machen. Hier unterliegen die Befürworter einem Trugschluß. Im neuen Stadtsäckel ist zwar mehr Geld — die Zahl der Einwohner der Gemeinde ist aber ebenfalls gewachsen. Die schon

chronische Finanznot der Städte und Gemeinden kann deshalb nicht durch Gemeindezusammenlegung behoben werden, sondern nur durch Steuerumverteilung des Bonner Haushaltes zu Lasten des Rüstungsetats, zu Lasten der Monopolgewinne, zugunsten der Städte und Gemeinden.

Mehr Demokratie wagen — das heißt nicht Abbau der demokratischen Selbstverwaltung der Gemeinden, sondern ihr Ausbau und ihre Erweiterung.

Auch für die Gebiets- und Verwaltungsreform muß der Grundsatz gelten: Im Mittelpunkt aller Entscheidungen stehen die Interessen des werktätigen Volkes.

Dr. Ellen Weber

Die Bürger müssen über die Fusion entscheiden

Wir, sind der Meinung, daß endlose Stadterweiterungen in unserem Ballungsgebiet nicht sinnvoll sind. An die Frage der Zusammenlegung von Walldorf und Mörfelden ist deshalb mit großer Sorgfalt heranzugehen. Bevor in den örtlichen Parlamenten Entscheidungen fallen, müssen in Bürgerversammlungen die Vor- und Nachteile einer Fusion zur Diskussion gestellt werden.

- Wir fordern Garantien darüber wie die im Grundgesetz festgelegte Selbstverwaltung der Gemeinden erhalten werden kann.
- Es darf zu keinem Verlust von demokratisch gewählten Mandaten durch eine Großgemeinde kommen.
- ohne die demokratische Abstimmung der Betroffenen darf keine Zusammenlegung erfolgen.

(Aus dem "Programm für Mörfelden" der DKP zur Kommunalwahl 1972)

NACH DEN WAHLEN -

FR 8.9.1972

Landtagsabgeordneter Dr. Erwin Lang:

Belastung für den Bürger ist vertretbar Die Wasserpreise

sollen steigen

Bei Berücksichtigung der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand sei die ge-setzliche Verankerung einer Wasserabgabe gerechtsertigt. Die Belastung für den Bürger sei vertretbar. Ein zusätzlicher wöchentlicher Aufpreis für den Bürger von 15 bis 25 Pfennig wurde von dem Abgeordneten berechnet, der einen monatlichen Pro-Kopf-Verbrauch von drei bis fünf Kubikmetern Wasser zugrunde legt.

Landrat Blodt:

Müllge<mark>bühren werden in die Höhe klettern</mark> Blodt ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die Gebühren erheblich in die Höhe klet-

daß die Gebühren erheblich in die Höhe klettern werden. Wem es mit dem Umweltschutz ernst sei, der müsse auch über einen tieferen Griff in den Geldsäckel mit sich reden lassen. Zahlenangaben, die wegen ihrer Höhe teilweise die Bürger beunruhigt hatten. tat Blodt Weise die Bürger beunruhigt hatten, tat Blodt als Gerüchte ab. Das letzte Wort sei noch nicht geerrechen Eine Satzung und Gebühren als Gernechen eine Satzung und Gebühren geber eine Beite geber eine gestellt als Geruchte ab. Das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Eine Satzung und Gebührenordnung müsse noch vom Kreistag verabschiedet

werden.

FR 17.7.1972

Die DKP fordert:

- Der Anteil der Städte und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen muß zunächst auf 18. dann auf 20 Prozent und später dynamisch erhöht werden.
- Damit mehr Mittel für die Gemeinden freiwerden, keine Belastung der werktätigen Bevölkerung, sondern:

Veränderung der Ausgabenstruktur beim Bundesetat:

jährliche Senkung der Rüstungsausgaben um 15 Prozent, zu-nächst bis zur Halbierung.

Beseitigung der Steuerprivilegien und Subventionsgeschenke für das Großkapital und die Konzerne.

Unterbindung der Steuerflucht.

- Befreiung der öffentlichen Verkehrsbetriebe sowie der kommunalen Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke von der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer.
- Zur Stärkung ihrer Investitionskraft müssen die Städte und Gemeinden eine erste Investitionshilfe von mindestens 4 Milliarden DM vom Bund erhalten.
- Um die Städte und Gemeinden von ihren hohen Schulden zu entlasten, sollen der Bund 20 Prozent und die Länder 10 Prozent der kommunalen Schulden übernehmen.
- Krediterleichterungen für die Städte und Gemeinden durch Zinshilfen, verbilligte oder zinslose Bundes- und Landesdarlehen.
- Abbau des Systems der Finanzzuweisungen. Ersatz aller sachlichen und personellen Aufwen-

- dungen für die Aufträge und Weisungen des Bundes und der Länder
- Großkapitalistische Unternehmen - Betriebe, Warenhäuser, Versicherungs-Konzerne Banken - sind durch eine Umlage zur Deckung der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs, für verkehrspolitische Zukunftsaufgaben, für Maßnahmen des Umweltschutzes, für den Bau von Kindergärten heranzuziehen.
- Ein neues Bodenrecht muß die Möglichkeit eröffnen, jegliche Bodenspekulation zu unterbin-
- Senkung der Gewerbesteuer für Handwerker, Einzelhändler, freie Berufe, Klein- und Mittelunternehmen und den übrigen Mittelstand, nicht jedoch für Großunternehmen und Konzernbetriebe-